

STARKES EUROPA – STARKES BAYERN – STARKE KOMMUNEN

Europa fängt in den Kommunen - in unseren Städten, Landkreisen und Gemeinden – an. Darum setzen sich die CSU-Europaabgeordneten für starke Kommunen ein.



Ihre CSU-Europaabgeordneten: Markus Ferber, Monika Hohlmeier, Manfred Weber, Prof. Dr. Angelika Niebler, Stefan Köhler, Christian Doleschal



Regionen haben Vorrang

Europa ist nur so stark wie seine Regionen. Die europäische Regionalförderung unterstützt mit dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und dem Europäischen Sozialfonds (ESF) mit über 800 Millionen von 2021-2027 unsere Dörfer und Städte, Vereine und ehrenamtliche Organisationen ebenso wie Unternehmen und hier vor allem kleine und mittlere Unternehmen. Wir setzen uns dafür ein, dass auch in der Zukunft Bayern und seine Regionen selbst über Schwerpunkte und Programme entscheiden.

Von Dorferneuerung, Hochwasserschutz und Modernisierung der Infrastruktur über Digitalisierung des öffentlichen Raums bis hin zum Erhalt und der modernen Nutzung unserer historischen Gebäude: europäische Regionalpolitik muss vielfältig sein. Die Förderung grenzüberschreitender Verbünde muss gestärkt und ausgebaut werden. Zentralistische Koordinierungen in Berlin und Brüssel und die Entmachtung der Regionen werden wir verhindern.

Wir setzen uns für eine starke finanzielle Ausstattung der europäischen Regionalpolitik, für Planungssicherheit und für regional bzw. kommunale Entscheidungshoheit ein. Europäische Fördermittel müssen für jeden leichter erreichbar und beantragbar sein. Deshalb haben wir konkrete Vorschläge für die Verringerung von Auflagen, Dokumentation und Antragsunterlagen vorgeschlagen.



Wir brauchen lebenswerte Kommunen und einen starken Zusammenhalt zwischen den Generationen

Wir wollen Kommunen, in denen sich Jung und Alt gleichermaßen zuhause fühlen, wo sozialer Zusammenhalt spürbar ist und Tradition sowie Ehrenamt lebendig bleiben. Europa liefert dafür die richtigen Instrumente:

Wir stärken unsere Kommunen mit gezielten europäischen Investitionen. Über den Europäischen Sozialfonds (ESF+) fließen 230 Millionen Euro nach Bayern (2021-2027) – für Qualifizierung, soziale Teilhabe und Projekte, die besonders junge und ältere Menschen unterstützen. Über das Leader-Programm werden dafür zwischen 2023 und 2027 89 Millionen Euro in Bayern zur Verfügung gestellt.

Wir fördern Ehrenamt, Vereine, Tradition und Kultur als Herzstück unserer bayerischen Identität. Gleichzeitig setzen wir europäische Programme ein, um Einsamkeit zu bekämpfen und Generationen miteinander zu verbinden – damit unsere Gemeinden lebenswert bleiben und der gesellschaftliche Zusammenhalt wächst.



Ehrenamt und Zivilschutz

Wir stärken den europäischen Zivilschutz und würdigen die zentrale Rolle aller beteiligten Organisationen, darunter das Technische Hilfswerk, die Feuerwehr, das Deutsche Rote Kreuz, Rettungsdienste und zahlreiche freiwillige Hilfsorganisationen, die mit großem Einsatz die Bevölkerung schützen. Um eine europäische Koordinierung zu erleichtern, wurde das *Emergency Response Coordination Centre* (ERCC) aufgebaut. Es unterstützt rund um die Uhr die Bereitstellung von Nothilfegütern, Ausrüstung und Experten aus allen Mitgliedstaaten sowie deren Vernetzung, um in Katastrophenfällen oder bei Kriegsereignissen zu helfen. Das ERCC ist zentrale Drehscheibe zwischen den beteiligten Ländern.

Zwischen 2021-2027 stellt die EU hierfür rund 3,6 Milliarden Euro bereit. Für den neuen Mehrjährigen Finanzrahmen sind 11 Milliarden Euro zwischen 2028 und 2034 geplant. Wir wollen überbordende Bürokratie auch für das Ehrenamt abbauen, indem wir den Zugang zu Förderungen erleichtern. So wird freiwilliges Engagement leichter planbar und effizient umsetzbar.



Wir räumen europäische Hürden aus dem Weg, damit mehr gebaut werden kann

Wohnungsbau ist zwar keine originäre Zuständigkeit der EU, aber viele europäische Vorgaben wirken sich direkt oder indirekt auf das Bauen und Wohnen aus – von Energievorschriften über Umweltauflagen bis hin zu Finanzmarktregeln. Die CSU-Europagruppe setzt sich dafür ein, diese Regelwerke auf mögliche Hürden für den Wohnungsbau zu überprüfen und abzubauen. Unser Ziel ist, unnötige Bürokratie zu reduzieren, Investitionen in neuen Wohnraum zu erleichtern und so dazu beizutragen, dass in unseren Städten und Gemeinden wieder mehr und schneller bezahlbare Wohnungen entstehen können.



Wir stehen für eine leistungsstarke Wirtschaft in unseren Kommunen

Bayern ist Exportland und profitiert wie kaum ein anderes Bundesland vom Austausch mit der Welt. Ob Maschinenbau, Automobilindustrie, Elektrotechnik, Chemie oder hochwertige Dienstleistungen, in den ersten neun Monaten 2025 lagen unsere Exporte bei rund 168,6 Milliarden Euro. Wir wollen Unternehmen in unseren Gemeinden ansiedeln und stärken.

Bürokratieabbau ist uns dabei ein besonderes Anliegen. Die Pflichten des EU-Lieferkettengesetzes werden künftig erst für Unternehmen mit mehr als 5.000 Beschäftigten und 1,5 Milliarden Euro Jahresumsatz gelten. Damit entlasten wir unseren kompletten Mittelstand.

Das geplante Verbrenner-Aus wollen wir aufheben, um das große Potenzial aller verfügbaren Antriebs- sowie Kraftstofftechnologien zu nutzen und die bayerische Automobil- und Zuliefererbranche als Schlüsselindustrie mit über 200.000 Arbeitsplätzen in Bayern und in unseren Kommunen zu erhalten. Wir wollen, dass auch nach 2035 Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor in unseren Kommunen fahren dürfen.

Wir wollen, dass das Mercosur-Abkommen so schnell wie möglich umgesetzt wird. Rechte und linke Extreme wollten mit Unterstützung durch große Teile der Grünen das Abkommen auf die lange Bank schieben. Als CSU setzen wir uns klar für neue strategische Partnerschaften und für eine vorzeitige Inkraftsetzung des Abkommens ein. Wir stehen zu dem Freihandelsabkommen mit Indien, um unseren Unternehmen Zugang zum indischen Markt mit 1,4 Milliarden Verbraucherinnen und Verbrauchern zu ermöglichen.



Bayern verteidigt Europa – Europa verteidigt Bayern

Die Sicherheitslage in Europa hat sich grundlegend verändert. Auch in unseren Kommunen spüren wir, dass die Weltordnung neu ausgerichtet wird. Bayern beherbergt etwa ein Drittel aller deutschen Rüstungsbetriebe und erwirtschaftet rund 30 Prozent der deutschen Wertschöpfung im Bereich Sicherheit und Verteidigung. Damit tragen wir einen wesentlichen Teil zur europäischen Verteidigungsfähigkeit bei.

Wir haben eine Vielzahl von Förder- und Kreditprogrammen auf den Weg gebracht, um die Produktionskapazitäten europaweit zu steigern. Das Programm für die europäische Verteidi-

gungsindustrie (1,5 Milliarden Euro), der Europäische Verteidigungsfonds (rund 1 Milliarde Euro) oder auch das Finanzinstrument Security Action for Europe (150 Milliarden Euro) sind zentrale Bestandteile unserer europäischen Verteidigungsstrategie.

Wir lockern die Finanzspielräume der Mitgliedstaaten, um weitere 650 Milliarden Euro für Verteidigungsausgaben bis 2030 freizusetzen. Wir bauen Bürokratie bei der Genehmigung sowie der Verlegung von Rüstungsgütern ab und vereinfachen die Umwelt- bzw. Chemikalienvorgaben in dieser Branche.

Für den nächsten siebenjährigen Finanzrahmen planen wir derzeit mit mehr als 130 Milliarden Euro für die Verteidigung und Raumfahrt. Das sind immense Finanzmittel, die auch unsere heimische Industrie direkt unterstützen werden.



Wir stehen zu unseren Bäuerinnen und Bauern und für ländliche Entwicklung

Wir müssen unseren Vertreterinnen und Vertretern der „Grünen Branche“ den Rücken freimachen, damit sie mehr Zeit draußen, im Stall, im Wald oder am Teich als im Büro verbringen. Das haben wir in Brüssel erreicht:

Die Verschiebung der Entwaldungsverordnung (EUDR) sowohl für kleine als auch große Betriebe war einer der wichtigsten Erfolge in diesem Jahr. Außerdem haben wir die Waldüberwachungsverordnung erfolgreich verhindert. Nun muss es weitere, spürbare Vereinfachungen geben.

Wir haben die Herabsetzung des Schutzstatus des Wolfes auf europäischer Ebene erwirkt. Das war ein wichtiger, aber überfälliger Schritt in die richtige Richtung. Jetzt setzen wir uns dafür ein, dass der Schutzstatus von Fischotter, Biber, Bär, Kormoran und Saatkrähe evaluiert wird.

Wir bekennen uns als CSU-Europagruppe klar zur Tierhaltung als zentralem Bestandteil der bayerischen Landwirtschaft. Deshalb kämpfen wir auch dafür, dass im Rahmen der geplanten Anpassung der Öko-Verordnung endlich eine vernünftige und nachhaltige Lösung zur Weidepflicht für unsere bayerischen Betriebe gefunden wird.

Außerdem kämpfen wir im Rahmen der Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen und Gemeinsamer Agrarpolitik nach 2027 für ein starkes, eigenständiges Agrarbudget und dass erfolgreiche regionale Agrarumweltmaßnahmen wie unser Kulturlandschaftsprogramm (KULAP) auch in Zukunft fortbestehen können.



Wir stehen für stabile Finanzen

Haushalt

Wir setzen uns dafür ein, dass Bayern im zukünftigen mehrjährigen Finanzrahmen von 2028 bis 2034 einen fairen Anteil am EU-Haushalt erhält. Zwischen 2021 und 2027 fördert die EU Bayern, unsere Regionen, unsere bäuerliche nachhaltige Landwirtschaft, unsere Ernährungssicherheit sowie Wissenschaft und Forschung mit fast 11 Milliarden Euro.

Wir haben Programme wie „Horizont Europa“, das Flaggschiffprogramm für Wissenschaft, Forschung und Innovation verstärkt. Aufgrund der herausragenden Leistungen profitieren unserer bayerischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen besonders stark. Unsere Hochschulstandorte sind wesentlich für die Entwicklung der Regionen und Städte und sind Anziehungspunkte für die klügsten Köpfe Europas.

Wir treiben den Bürokratieabbau voran. Kommunen sollen schneller und unkomplizierter auf europäische Fördermittel zugreifen können. Ob Verkehrsprojekte oder Kulturförderung – standardisierte und digitale Verfahren sorgen für mehr Tempo.

Eine europäische Unternehmenssteuer verhindern wir konsequent. Unser Wirtschaftsstandort braucht Entlastung statt zusätzlicher Belastungen. Neue Einnahmequellen der EU unterstützen wir nur dort, wo sie Bürger und Betriebe nicht weiter belasten.



Wirtschaft und Finanzen

Wir setzen uns konsequent für eine verhältnismäßige Bankenregulierung ein, die die Situation von Sparkassen, Genossenschaftsbanken und anderen regionalen Instituten im Blick hat. Ziel ist, kleinere und risikoarme Institute von unnötiger Bürokratie zu entlasten, ohne die Stabilität des Finanzsystems zu gefährden.

Wo bisher oft nach dem Motto „One size fits all“ reguliert wurde, kämpfen wir für passgenaue Regeln, die den besonderen Geschäftsmodellen im ländlichen Raum und der Finanzierung des Mittelstands gerecht werden. So wollen wir sicherstellen, dass regionale Banken auch in Zukunft nah an den Menschen bleiben, investieren können statt Formulare auszufüllen und ihre Rolle als stabile Partner für Unternehmen, Kommunen und Bürgerinnen und Bürger vor Ort voll ausfüllen können.



Wir treten ein für unsere Werte

Wir stehen für eine Politik der demokratischen Mitte, geprägt von Verantwortung, Pragmatismus und klarer Haltung gegenüber extremistischen Kräften. Auf europäischer Ebene setzen wir das entschlossen um:

Wir grenzen uns klar von rechts- und linksextremen Parteien ab und verfolgen einen eigenständigen Kurs der politischen Mitte. Als stärkste Fraktion legen wir unsere Vorschläge zu Gesetzesinitiativen der Kommission vor und werden uns bei Abstimmungen immer inhaltlich an den von uns vor den Wahlen erstellten Programmen orientieren: Entbürokratisierung, Beschleunigung und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit, Stärkung des EU-Binnenmarktes, Innovation und Forschung.

Für uns gilt: Keine Zusammenarbeit mit Extremisten – wir stehen für Stabilität, Verlässlichkeit und demokratische Werte und prüfen jede Zusammenarbeit nach drei klaren Kriterien: pro Europa, pro Rechtsstaat, pro Ukraine.



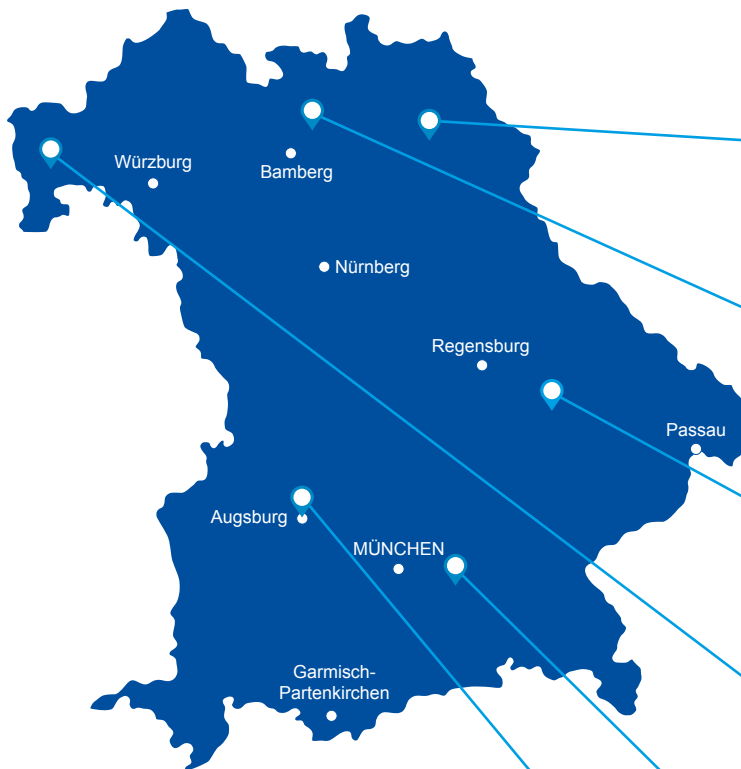
Wir reduzieren Migration und entlasten unsere Kommunen

Wir stehen für eine Migrationspolitik, die Ordnung schafft und Chancen ermöglicht. Illegale Migration wird wirksam gestoppt, damit werden unsere Kommunen entlastet. Wir erleichtern die legale Zuwanderung von qualifizierten Fachkräften – besonders für Pflege, ÖPNV, Handwerk und Bau. Wir holen Menschen zu uns, die arbeiten wollen, sich an unsere Gesetze halten, unsere Werte respektieren und unsere Kommunen stärken.

Wir haben die Ausweitung sicherer Drittstaaten durchgesetzt. Damit können offensichtlich unbegründete Asylanträge künftig schneller und effizienter zurückgewiesen werden oder als unzulässig eingestuft werden, wenn Flüchtlinge bereits in einem sicheren Nicht-EU-Staat effektiven Schutz hätten erhalten können. Wir haben ein neues Zentrum zur Bekämpfung der Schleuserkriminalität auf den Weg gebracht, das Informationsaustausch und Kooperationen weitreichend vorantreibt.

Asylverfahren werden so beschleunigt, Menschensmuggel effektiver bekämpft, der Druck an den Außengrenzen reduziert und Rückführungen von Personen ohne Bleiberecht erleichtert. Das entlastet unsere Kommunen und sorgt für mehr Sicherheit.

Ihre CSU-Europaabgeordneten für starke bayerische Kommunen



Christian Doleschal

Oberpfalz
Stv. Vorsitzender des Ausschusses für
Binnenmarkt und Verbraucherschutz



Monika Hohlmeier

Oberfranken
Parlamentarische Geschäftsführerin
der CSU-Europagruppe



Manfred Weber

Niederbayern
Vorsitzender der EVP-Fraktion



Stefan Köhler

Unterfranken
Agrarpolitischer Sprecher
der CSU-Europagruppe



Prof. Dr. Angelika Niebler

Oberbayern und München
Vorsitzende der CSU-Europagruppe



Markus Ferber

Schwaben
Wirtschafts- und währungspolitischer
Sprecher der EVP-Fraktion



csu-europagruppe.de



Entdecken Sie, was die EU bei Ihnen vor Ort bewirkt:
<https://what-europe-does-for-me.europarl.europa.eu/de/region?area=DE2&txt=Bayern>



Informationen zum Europäischer Fonds für regionale
Entwicklung in Bayern finden Sie hier:
<https://www.efre-bayern.de>